

Beschluss A1NEU

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: Mehr Frauen in die Parlamente – Parität jetzt!

Antragstext

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen beschließt und leitet an die sächsischen
2 SPD-Bundestagsabgeordneten, die Teilnehmer:innen der Koalitionsverhandlung und
3 die SPD-Landtagsfraktion weiter:

4 Die SPD Sachsen setzt sich für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen am
5 politischen und gesellschaftlichen Leben ein. Wir fordern die
6 sozialdemokratischen Mitglieder im Landtag und die sozialdemokratischen
7 Mitglieder der Landesregierung dazu auf, sich für die Einführung eines
8 verfassungskonformen Paritätsgesetz für das Land Sachsen einzusetzen. Auch
9 unsere sächsischen Vertreter*innen und Mandatsträger*innen auf Bundesebene
10 werden darum gebeten, sich für eine bundesweite Regelung, die die
11 gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in allen Parlamenten zum Ziel
12 hat, einzusetzen.

13 Die SPD soll sich daher im Rahmen der Koalitionsverhandlungen für eine
14 umfassende Überarbeitung des Bundestagswahlrechts einsetzen, die insbesondere
15 folgende Punkte umfasst:

- 16 • wirksame Begrenzung der Größe des Bundestages,
- 17 • Anpassung der Direktwahlkreise oder Einführung von Mehrpersonen-
18 Wahlkreisen - ähnlich wie z.B. in Hamburg, da eine Parität mit dem
19 bisherigen System der Erst- und Zweitstimmen nicht erreichbar ist,

20
21

- Begrenzung der Sondereffekte, die durch das alleinige Antreten der CSU in Bayern entstehen.

Begründung

Der Anteil an Frauen in den sächsischen Parlamenten ist seit Jahren rückläufig. Es braucht eine gesetzliche Änderung, um an dieser Stelle endlich etwas zu bewegen. Jegliche Frauenförderprogramme und Kampagnen tragen nicht zu Erhöhung des Frauenanteils in Parlamenten bei, scheitern die Frauen doch letztendlich immer wieder am Unwillen der politischen Akteur:innen. Ähnlich der Frauenquote für Unternehmen, wird sich ohne staatliche Maßnahmen, leider nichts bewegen.

Beschluss I01NEU

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: Den Schwung der Bundestagswahl für Sachsen nutzen – Ostdeutsche Themen voranbringen!

Antragstext

1 Die Bundestagswahl war für die SPD ein großer Erfolg – bundesweit und gerade
2 auch im Osten. Die SPD ist mit 24,6 Prozent stärkste Kraft in Ostdeutschland
3 geworden. Auch in Sachsen haben wir ein beachtliches Wahlergebnis erzielt und
4 landen mit 19,3 Prozent auf Platz zwei. Wir lagen in allen drei Großstädten
5 vorn, aber auch in vielen mittleren und kleinen Städten sowie in ländlichen
6 Kreisen haben wir gute Wahlergebnisse erzielt. Nie zuvor haben wir bei einer
7 Bundestagswahl die CDU in Sachsen hinter uns gelassen. Sie galt lange Zeit als
8 übermächtig. Das Ergebnis zeigt: Es ist kein Naturgesetz, dass die CDU in
9 Sachsen bei Wahlen dominiert.

10 Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für dieses Vertrauen und das im
11 Wahlkampf entgegengebrachte Interesse. Zudem danken wir allen sächsischen
12 Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten, ihren Teams sowie allen
13 Genossinnen und Genossen, die in den letzten Monaten im Wahlkampf in ganz
14 Sachsen aktiv waren. Wir zollen ihnen unsere Anerkennung und Respekt für diesen
15 Kraftakt. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass die SPD in Sachsen wieder
16 erfolgreich ist.

17 Das haben wir zum einen Olaf Scholz als Persönlichkeit zu verdanken. Seine
18 Erfahrung, seine Kompetenz und sein Gestaltungswille haben auch die Menschen in
19 Sachsen überzeugt. Der Erfolg ist zum anderen das Zeichen einer geschlossenen
20 und programmatisch konsolidierten Gesamtpartei. Und schließlich zeigt dieser
21 Wahlerfolg in Sachsen auch, dass wir hier in den letzten Jahren die richtigen
22 Schlüsse aus unseren Rückschlägen gezogen und manches verändert haben. Wir
23 haben die Fragen für die Zukunft im Blick und gestalten das soziale Sachsen von

24 morgen. Unsere Politik kommt bei den Wählerinnen und Wählern an, das sollte
25 unser Ansporn für die nächsten Jahre sein. Lasst uns das Ergebnis als Aufwind
26 für unsere zukünftige Arbeit nutzen und zugleich daraus Rückschlüsse für
27 unsere Regierungsarbeit in Sachsen ziehen.

28 Das Ergebnis der AfD in Sachsen schmerzt. Zum zweiten Mal nacheinander ist sie
29 stärkste Kraft geworden. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass
30 auch diese Partei Stimmen verloren hat und aus guten Gründen politisch isoliert
31 ist. Sie hat keine Antworten für die Zukunft Sachsens. Stattdessen hat sie
32 Konzepte für eine Steuer-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik vorgestellt,
33 die der deutlichen Mehrheit der Sachsen schaden würden. Über die Zukunft
34 Sachsens entscheiden deshalb aus guten Gründen andere.

35 Der Regierungsauftrag liegt bei der SPD. Olaf Scholz muss nächster
36 Bundeskanzler werden. Das ist das Ergebnis der Bundestagswahl und die Meinung
37 der Mehrheit der Menschen in Deutschland. Wir unterstützten die Bemühungen der
38 SPD-Parteiführung eine Koalition mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP zu
39 bilden. CDU und CSU gehören in die Opposition. Das Ergebnis zeigt zudem: Eine
40 Ampel hat im Osten mehr Vertrauen als eine Jamaika-Koalition.

41 In den vergangenen Jahren haben wir als SPD sehr viel aus den Debatten um
42 Ostdeutschland verstanden und daraus gelernt. Wir haben in den letzten Monaten
43 konsequent die Themen angesprochen, die für die ostdeutschen Wählerinnen und
44 Wähler besonders wichtig sind. Auch deswegen haben die Menschen Olaf Scholz und
45 der SPD das Vertrauen gegeben: Unseren Ruf nach mehr Respekt hat man in
46 Ostdeutschland besonders gut verstanden. Es geht um eine industrielle
47 Modernisierung Deutschlands und Sachsens. Es geht darum, den menschengemachten
48 Klimawandel aufzuhalten – aber indem man Wirtschaft, Klimaschutz und Soziales
49 zusammen denkt. Das alles ist für den Osten besonders wichtig.

50 Das Comeback der SPD Sachsen ist Auftrag und Ansporn für eine Politik gerade im
51 Interesse der Menschen im Osten. Wir leiten daraus konkrete Politik für die
52 Sächsischen und Sachsen auf Bundes- und Landesebene ab. Respekt,
53 Zukunftsinvestitionen und soziale Sicherheit stehen dabei im Mittelpunkt. Diese
54 Aspekte wollen wir im Rahmen der kommenden Verhandlungen zur Bildung einer
55 Bundesregierung besonders in folgenden Themen voranbringen und zugleich in
56 Sachsen weiterhin politische Akzente setzen:

57 **1. Mehr Anerkennung und Respekt für Beschäftigte**

58 Wir stellen Respekt in den Mittelpunkt: Unser Maßstab und Grundlage für
59 jegliche Politik. Es geht um den Respekt im Miteinander für den

60 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und es geht um den Respekt vor der Leistung der
61 Menschen. Das heißt vor allem: anständige Löhne zu zahlen, aus denen später
62 auch ordentliche Renten werden. Gerade in Ostdeutschland ist das ein großes
63 Thema.

64
65 Deshalb sind gute Tarifverträge so wichtig: Dafür müssen wir die Tarifbindung
66 weiter stärken. Denn auch 30 Jahre nach der Einheit Deutschlands verdienen die
67 Menschen im Osten im Schnitt knapp 800 Euro weniger im Monat als ihre
68 westdeutschen Kolleg:innen und Mitarbeiter:innen. Millionen Menschen erhalten
69 lediglich den Mindestlohn oder bekommen im Alter eine Armutsrente. Diese
70 Gerechtigkeitsdebatte hat in den letzten Jahren vor allem die sächsische SPD
71 mit der Forderung nach „Mehr Respekt für die Lebensleistung der Menschen in
72 Ostdeutschland“ angestoßen.

73 Die Sozialdemokratie will einen Mindestlohn von 12 Euro einführen und damit
74 über 600.000 Beschäftigten in Sachsen eine Lohnerhöhung ermöglichen. Wir
75 wollen öffentliche Aufträge daran binden, ob Unternehmen nach Tarif bezahlen
76 (Bundestariftreuegesetz) und Tarifverträge einfacher für allgemein verbindlich
77 erklärbar machen. Außerdem wollen wir die Mehrheit der kleinen und mittleren
78 Einkommen steuerlich entlasten. Das Wahlergebnis zeigt, dass mit CDU und AfD
79 gerade jene zwei größeren Parteien an Zustimmung verloren haben, die eine
80 Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ablehnen – wie vorher auch schon die
81 Einführung der Grundrente und zugleich weiterhin gegen mehr Steuergerechtigkeit
82 sind.

83 Außerdem nehmen wir uns vor, die Besteuerung von Einkommen wieder gerechter zu
84 gestalten. Ganz konkret wollen wir die Mehrheit der kleinen und mittleren
85 Einkommen steuerlich entlasten und dafür hohe Einkommen stärker belasten.
86 Zusätzlich beabsichtigen wir große Vermögen und Erbschaften stärker zur
87 Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.

88 Mit Blick auf die Bundestagswahl steht für die SPD Sachsen zugleich fest: Auch
89 bei der Regierungsarbeit in Sachsen müssen wir noch stärker das Thema Respekt
90 und faire Löhne in den Mittelpunkt stellen. Auch hier können wir etwas für
91 bessere Löhne tun. Und das ganz konkret: durch ein modernes und gerechtes
92 Vergabegesetz.

93 **2. Weichen stellen für einen Vorsprung Ost**

94 Bei der Digitalisierung, der Energiewende und neuer Mobilität brauchen wir eine
95 bundesweite Kraftanstrengung, um Potenziale zu entfesseln. Wir wollen, dass der
96 Staat seinen Beitrag leistet die technologischen und wirtschaftlichen Weichen zu
97 stellen, um unsere Industrie zu modernisieren, Arbeitsplätze zu sichern und den

98 Klimaschutz konsequent voranzubringen. Ostdeutschland kann eine Pionierrolle in
99 neuen Innovationszyklen einnehmen: Der Osten soll ein Zentrum der
100 Elektromobilität, des autonomen Fahrens sowie der Entwicklung und Produktion
101 von Speicherkapazitäten werden. Dazu wollen wir Infrastruktur schaffen,
102 Investitionen mobilisieren und regulative Anreize setzen.

103 Zukunftsinvestitionen, getragen durch Sachsen und den Bund, sind an dieser
104 Stelle enorm wichtig. Der menschengemachte Klimawandel muss von uns entschlossen
105 bekämpft werden. Dazu braucht es Investitionen in den klimaneutralen Umbau
106 unserer Wirtschaft und Industrie. Dort müssen wir jetzt investieren, damit wir
107 die Bekämpfung des Klimawandels sozial verträglich gestalten können. Damit
108 wir sie nutzen können, um in einigen Technologiefeldern einen Vorsprung Ost zu
109 erarbeiten. Damit hier bei uns in Sachsen gute und nachhaltige Arbeitsplätze
110 entstehen. Heute in Zukunftstechnologien, eine nachhaltige Industriepolitik,
111 Digitalisierung und moderne Mobilitätskonzepte zu investieren, ist ein Gebot
112 ökonomischer Vernunft.

113 **3. Wirtschaft, Soziales und Klimaschutz zusammendenken**

114 Spätestens 2045 muss Deutschland klimaneutral wirtschaften. Im Klimaschutz geht
115 es nicht mehr um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Die
116 Klimaschutzmaßnahmen der nächsten Bundesregierung müssen schnell greifen,
117 dauerhaft wirksam und sozial ausgewogen sein. Wir setzen uns für eine
118 schrittweise Anhebung des CO₂-Preises ein. Parallel dazu müssen vor allem
119 Alternativen zur fossilen Lebensweise schneller entstehen: ÖPNV-Ausbau,
120 Elektromobilität, Wärme aus Erneuerbaren Energien.

121 Daher brauchen wir ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der Infrastruktur in
122 allen Bereichen: Übertragungsnetze, Verteilnetze, Smart Meter, Wärmenetze,
123 Wasserstoffpipelines, wasserstofffähige Gasnetze, Schienen, ÖPNV, Radwege,
124 Ladesäulen. Dazu wollen wir Planungen und Genehmigungen beschleunigen. Ohne den
125 massiven Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien – auch in
126 Sachsen – werden wir den riesigen Energiebedarf einer dekarbonisierten
127 Industrie nicht befriedigen können. Wir wollen zudem die Haushalte und
128 Unternehmen durch eine schrittweise Abschaffung der EEG-Umlage beim Strompreis
129 entlasten.

130 Auch die Kosten für einen besseren Klimaschutz im Wohnungssektor müssen fair
131 zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen verteilt werden. Zu einer sozialen
132 Wohnungspolitik gehört für uns aber ebenso, den Anstieg der Mieten zu bremsen
133 und – wo nötig – vorübergehend zu stoppen. Die Mietpreisbremse und die
134 Wiedereinführung des sozialen Wohnungsbaus in Sachsen hätte es ohne die SPD
135 nicht gegeben. In einem nächsten Schritt wollen wir auch ein Verbot von

136 Zweckentfremdungen ermöglichen und die Umwandlung von Miet- in
137 Eigentumswohnungen einschränken. Letztendlich führt aber an einem massiven
138 Neubau von Wohnraum kein Weg vorbei: Wir wollen die Voraussetzungen schaffen,
139 damit bundesweit jährlich 400.000 neue Wohnungen entstehen.

140 **4. Modernstes Mobilitätssystem Europas**

141 Wir wollen die politischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass immer mehr
142 Menschen auf Busse, Bahnen oder das Fahrrad umsteigen. Dort, wo der private PKW
143 weiter das Mittel der Wahl bleibt, wollen wir über alternative Antriebe
144 klimafreundliche Alternativen schaffen. Unser Ziel ist eine klimaneutrale
145 Mobilität, die sich alle leisten können. Alle Großstädte müssen an den
146 Fernverkehr angeschlossen werden. Der Öffentliche Nahverkehr muss durch mehr
147 Investitionen und höhere Betriebszuschüsse enger verzahnt und getaktet sowie
148 attraktiver und landesweit erreichbar werden. Gerade die kommunalen
149 Verkehrsunternehmen können ihr Angebot aber nur ausbauen, wenn alternative
150 Finanzierungsansätze etabliert werden.

151
152 In Sachsen steht der ÖPNV im Mittelpunkt der Mobilitätspolitik des SPD-
153 geführten Verkehrsministeriums. Mit den Plus- und Taktbussen und einem
154 Bildungsticket hat er neue Entwicklungsperspektiven erhalten. Wir bauen zudem
155 eine Sächsische Mobilitätsgesellschaft auf, die über die Grenzen der
156 einzelnen Verkehrsverbundräume hinweg den ÖPNV in Sachsen im Sinne der
157 Fahrgäste einfacher, transparenter und besser macht. Die Wende zur
158 Elektromobilität wollen wir durch einen deutlich schnelleren Ausbau der
159 Ladeinfrastruktur unterstützen. Damit wird eine sächsische Schlüsselindustrie
160 zu einem Treiber der Verkehrswende und gleichzeitig werden hochwertig
161 Arbeitsplätze zukunftsfähig gemacht. Daran arbeitet die SPD: Bund und Land,
162 Hand in Hand.

163 **5. Mehr Chancengleichheit und Teilhabe**

164 Wir wollen auf Bundesebene eine Familienzeit einführen, die Eltern und
165 Pflegenden mehr Zeit für die Unterstützung ihrer Liebsten gibt. Dazu schlagen
166 wir ein Vier-Säulen-Modell aus Elternzeit, Familienarbeitszeit, erhöhte
167 Kinderkrankentage und Familienpflegezeit vor, das die bestehenden Leistungen
168 verbessert. Das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen wollen wir
169 umgestalten. Wir wollen eine Kindergrundsicherung einführen, die auf einem
170 höheren Kindergeld für einkommensschwächere Familien und einer kostenfreien
171 Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur für alle Kinder beruht. Außerdem wollen
172 wir Instrumente schaffen, um ein Recht auf Weiterbildung und einen beruflichen
173 Neustart zu verwirklichen. Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer
174 solidarischen Arbeitsversicherung werden. Das BAfÖG wollen wir ausbauen, indem

175 wir es elternunabhängiger gestalten und schrittweise zu einem Vollzuschuss
176 zurückkehren. Wir wollen die Ausbildung stärken, indem wir die
177 Mindestausbildungsvergütung spürbar erhöhen und eine umlagefinanzierte
178 Ausbildungsplatzgarantie einführen.

179 Auch in Sachsen greifen wir den Familien unter die Arme, indem wir Beratungs-
180 und Hilfestrukturen absichern und weiterentwickeln. Zugleich legen wir einen
181 Schwerpunkt auf den Ausbau von Ganztagsangeboten, um den Familien den
182 Arbeitsalltag zu erleichtern und Kinder gezielt zu fördern. Wir nehmen dabei
183 insbesondere auch die Belange von Alleinerziehenden in den Blick. Mit dem
184 Bildungsticket sind wir zugleich wichtige Schritte in Richtung eines
185 kostenfreien ÖPNVs für Kinder und Jugendliche gegangen. Zugleich schaffen wir
186 mit den „Sozialen Orten“ eine unkomplizierte Förderung für das
187 alltägliche Leben und den Austausch der Menschen vor Ort.

188 **6. Solidarisches Sozialsystem sichern und stärken**

189 Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile
190 Rentenleistung sowie ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.
191 Hartz IV wollen wir überwinden und durch ein solidarisches Bürgergeld
192 ersetzen. Wer länger eingezahlt hat, soll zukünftig länger Arbeitslosengeld I
193 beziehen. Vermögen und die Wohnung werden wir zwei Jahre schützen.

194 Der Blick nach Sachsen zeigt: Die SPD baut den sozialen Rettungsschirm aus und
195 hilft damit denjenigen, die Unterstützung in unterschiedlichsten Lebenslagen
196 brauchen. Kürzungen im Sozialbereich wird es mit uns in Sachsen nicht geben,
197 dafür haben wir uns in den vergangenen Haushaltsverhandlungen erfolgreich
198 eingesetzt. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Unterstützung von
199 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, beispielsweise durch die Förderung von
200 Jugendberufsagenturen und den „Pakt für die Jugend“. Für die sächsische
201 Sozialdemokratie steht fest: Nur ein sozialer Staat ist ein starker Staat.

202 **7. Demokratische Strukturen und Mitbestimmung aktiv stärken**

203 Insbesondere auch im Rückblick auf die Wahlergebnisse in den ländlichen
204 Regionen Sachsens wollen wir in allen Feldern die besonderen Bedarfe der
205 ländlichen Kommunen stärker berücksichtigen. Kommunen müssen wieder
206 handlungsfähiger werden. Freiwillige Aufgaben der Daseinsvorsorge werden
207 insbesondere auch in ländlichen Regionen häufig von Vereinen und
208 Ehrenamtlichen erbracht. Als kleinste Einheiten in unserer Demokratie stärken
209 sie demokratische sowie gesellschaftliche Prozesse. Sie müssen gerade deshalb
210 nachhaltig in ihrer zivilgesellschaftlichen Arbeit unterstützt werden.

211 Dem Ergebnis der AfD und den rechten Strukturen in Sachsen müssen und wollen
212 wir mit konsequenter Demokratiearbeit, Extremismusprävention und einer
213 dauerhaft gesicherten Finanzierung breiter politischer Bildung entschlossen
214 entgentreten. Dazu wollen wir das Demokratiefördergesetz auf Bundesebene
215 endlich durchsetzen.

216 Diese und weitere Punkte wollen wir in den nächsten Wochen bei der
217 Koalitionsbildung einbringen. Dabei geht es nicht um das dogmatische Beharren
218 auf Einzelmaßnahmen, sondern um eine tragfähige Zukunftsvision für unser
219 Land. Koalitionen müssen mehr sein als das Aufaddieren und Austarieren
220 parteipolitischer Maßnahmenbündel.

221 Für Sachsen bedeutet die Wahl, dass wir weiterhin laut für die ostdeutschen
222 Themen auf Bundesebene streiten werden – und zugleich im Sächsischen Landtag
223 und auf der Regierungsbank noch beharrlicher für einen sozialen, ökologischen
224 und ökonomisch erfolgreichen Freistaat kämpfen werden.

225 Wir müssen jetzt in Sachsen mutigere Schritte in Richtung Zukunft machen und
226 Blockaden lösen. Damit Zukunftsinvestitionen, die langfristig finanzierbar sind
227 und gute Arbeitsplätze schaffen, möglich werden. Der klimaneutrale Umbau
228 unserer Industrie muss jetzt vorangetrieben werden. Die Digitalisierung muss
229 auch im ländlichen Raum endlich schneller vorwärtskommen – Stichwort Graue
230 Flecken. Sachsen muss für diese Ziele mit der neuen Bundesregierung eng
231 zusammenarbeiten. Es wäre eine vertane Chance, wenn wir diesen Schwung aus
232 Berlin in Sachsen nicht mitnehmen würden.

233 Zugleich werden wir dafür sorgen, dass die Zukunftsvision der neuen
234 Bundesregierung die Erfahrungen und Erwartungen der Menschen im Osten aufgreift.
235 Es geht um den Respekt im Miteinander für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
236 Dafür stehen die SPD und Olaf Scholz. Und dafür werden unsere acht
237 sächsischen Bundestagsabgeordneten in Berlin kämpfen.

Beschluss I02NEU

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: **Mehr Demokratie wagen - Neue Formen der Partizipation als Antwort auf mangelndes Vertrauen in die repräsentative Demokratie**

Antragstext

1 Die sächsische SPD fordert den Parteivorstand auf, im Rahmen der Verhandlungen
2 über einen Koalitionsvertrag auf Bundesebene die Stärkung der demokratischen
3 Willensbildung zu konkreten gesetzgeberischen Vorhaben vorzusehen. Insbesondere
4 soll die Möglichkeit geschaffen werden, konkrete gesetzgeberische Vorhaben in
5 Form eines Volksantrages von Bürger:innen in den Bundestag einzubringen, über
6 den der Bundestag nach Diskussion in Plenum und Ausschüssen abschließend
7 entscheidet.

8 Auf Bundesebene und in den Bundesländern sollen die gesetzlichen Voraussetzungen
9 geschaffen werden, dass Bürger:innen ihre Mitwirkung an der Gesetz- und
10 Satzungsgebung in Planungszellen und Bürger:innenräten einfordern können. Das
11 System der Gesetzgebung und der kommunalen Satzungsgebung soll so ergänzt
12 werden, dass für geeignete Problemstellungen Bürger:innen beanspruchen können,
13 dass Planungszellen oder andere Bürger:innenräte in die Entwicklung der zur
14 regelnden Materie eingebunden werden und dem Gesetz- oder Satzungsgeber
15 Vorschläge unterbreiten können, welche Regelung oder Entscheidung zur Erreichung
16 eines Ziels getroffen werden sollte. Bürger:innen müssen in Gesetzgebung und
17 Planung genauso frühzeitig eingebunden werden wie die Vertretungen von
18 Interessengruppen und Lobby-Verbänden, um ihre Beteiligungsrechte
19 gleichberechtigt wahrnehmen zu können.

20 Dabei sollten die Ergebnisse des Leipziger Bürgerrats Demokratie 2019, die
21 Erfahrungen des Wuppertaler Modells von Planungszellen sowie weitere
22 Beteiligungsformen geprüft werden.

Begründung

Seit Jahren ist eine Tendenz zu erkennen, dass sich viele Bürger:innen immer stärker entfremdet sehen von den Personen, die von ihnen in Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage, in die Landtage oder den Bundestag gewählt wurden. Viele verstehen die Relevanz der Entscheidungen nicht, die für sie als „das Volk“ getroffen werden, oder empfinden getroffenen Entscheidungen als gegen sie oder ihre Interessen gerichtet. Das Resultat ist eine mangelnde Beteiligung an Wahlen und fehlendes Verständnis für den Abwägungsprozess sowie den Interessenausgleich beim Gang der Gesetzgebung. Auch wenn der aktuelle Bundestagswahlkampf einen Aufbruch in eine neue Koalitionsoption verspricht, spannend geführt wird und deshalb eine hohe Wahlbeteiligung erhofft werden kann, ist der Eindruck weit verbreitet, man könne ja doch nichts ändern.

Der Verfassungsgeber hat in Sachsen deshalb vorgesehen, dass sich Bürger:innen mit eigenen gesetzgeberischen Anliegen im Wege des Volksantrags an den Landtag wenden können, der diesen Antrag wie einen Antrag der Staatsregierung oder einen Antrag aus der Mitte des Landtags behandeln muss. Damit erlangen sie, wenn sie genügend Unterstützung haben, einen Status ähnlich dem parlamentarischen Gesetzgeber, können aber im Landtag nicht über den Antrag entscheiden. Dafür können sie, wenn der Landtag dem Antrag nicht zustimmt oder innerhalb von 6 Monaten nicht entscheidet, ein Volksbegehren durchführen, das im Erfolgsfall zu einer Volksentscheidung führt. Damit ist das Volk des Freistaates Sachsen gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Landtag; dies hat der Sächsische Verfassungsgerichtshof inzwischen mehrfach bestätigt.

Für die Bundesebene ist die Einführung von Elementen direkter Demokratie nicht unumstritten. In der SPD gibt es eine klare Beschlusslage, die dies befürwortet. Die Bundestagsfraktion hat im Jahr 2013 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der dies konkret regelt. Angesichts gelegentlich negativer Erfahrungen in einigen Bundesländern und im Ausland, wo Volksentscheide nicht die Ergebnisse brachten, die man politisch für „richtig“ hielt, weil mächtige Vertreter:innen von Individualinteressen mit großem finanziellem Einsatz Ergebnisse manipuliert zu haben schienen, ist die Beschlusslage der Partei erneut in die Diskussion gekommen.

Der Vorschlag, für die Bundesebene zunächst das Instrument des Volksantrages einzuführen, über den nur der Bundestag, nicht aber eine Volksentscheidung am Ende befindet, verbindet die emanzipatorische Idee, das Volk an Gestaltung und Verantwortung von Politik zu beteiligen und es darüber zu interessieren mit der Vermeidung von Möglichkeiten, Volksabstimmungen populistisch zu manipulieren.

Zugleich streben die Einreicher:innen in Ergänzung dieses Systems mit diesem Antrag an, Bürger:innen in geeigneten Bereichen bereits im Vorfeld eines neuen Gesetzes oder einer neuen Satzung so zu beteiligen, dass das Ziel der Regelung erkannt und bewertet werden kann und, dass die Beteiligten unter professioneller Beratung selbst konkrete Empfehlungen abgeben können, wie die so definierten Ziele zu erreichen sind. Es gibt u.a. im Baurecht, im Umweltrecht und im Planungsrecht sowie in vielen kommunalen Satzungen bereits Ansätze für derartige Formen der Beteiligung, die jedoch meist nicht oder zu spät wahrgenommen werden. Das kann am mangelnden Interesse der Bevölkerung liegen, aber auch daran, dass Veröffentlichungen so

erfolgen, dass sie möglichst unbemerkt bleiben. Hier wäre zu regeln, wie so viel Öffentlichkeit für solche Vorhaben geschaffen wird, dass sich das Interesse und potentieller Widerstand nicht erst dann rührt, wenn im baurechtlichen Sinne „der Bagger rollt“.

In anderen Bereichen, insbesondere bei der Gesetzgebung, gibt es bisher die Anhörung von Verbänden, nicht aber die aktive Einbindung und Beteiligung potentiell betroffener Bürger:innen. Denjenigen, die meist den Eindruck haben, dass Gesetzgebung durch die Lobby mächtiger Interessenvertretungen maßgeblich beeinflusst wird, sollten selbst genauso frühzeitig Gesetzgebungsabsichten bekannt werden, damit sie die Möglichkeit haben, in strukturierter Form an der Gesetzgebung mitzuwirken. Beiräte und ähnliche Gremien können die Funktion übernehmen, Adressaten der Gesetzgeber schon in der Anhörung zu sein und die Interessen von Bürger:innen aus deren Perspektive zu artikulieren. Damit würde auch in dem Bereich, wo bereits vor der eigentlichen Gesetzgebung durch das Parlament Interessen abgeglichen und berücksichtigt werden, eine wichtige Lücke in der Beteiligung von Bürger:innen geschlossen.

In unserem Zukunftsprogramm haben wir als SPD dazu formuliert:

*„Wir werden die Erfahrungen mit Bürgerräten aufgreifen und es uns zur Aufgabe machen, neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen zu gehen. Durch eine systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen an staatlichen Projekten können Rechtswege verkürzt und Verfahren beschleunigt werden.“ (Ziff. 2.8., S. 25)*

Begründung der Dringlichkeit des Initiativantrags:

Die SPD hat bei der Bundestagswahl ein herausragendes Ergebnis erzielt und wird in Koalitionsverhandlungen eintreten, die im Erfolgsfall zu einer Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz führen werden. Es ist Beschlusslage der SPD in Sachsen, dass auf der Bundesebene Instrumente direkter Demokratie mit Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid eingeführt werden.

Allerdings hat diese klare Aussage nicht Eingang in das Wahlprogramm, das Zukunfts-Programm gefunden. Die potentiellen Koalitionspartner sehen direkte Demokratie eher skeptisch; die Grünen haben sich mit knapper Mehrheit 2020 davon vollständig verabschiedet, die FDP wollte das noch nie. Mit unserem Antrag wollen wir die Möglichkeit eröffnen, mit einem Gesetzesinitiativrecht einen ersten Schritt in die Richtung von Beteiligung der Bürger:innen an der Gesetzgebung zu gehen, ohne dass der parlamentarische Gesetzgeber Angst haben muss, das Volk werde vor einem Volksentscheid, der ja nicht vorgesehen ist, von mächtigen Interessengruppen unangemessen manipuliert.

Dieses Ziel können wir nur befördern, wenn es auf unserem Parteitag beschlossen und für die Verhandler:innen an den Parteivorstand, zur Meinungsbildung darüber hinaus an den Bundesparteitag gerichtet wird.

Beschluss I03NEU

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: Von Riesa geht ein Signal aus!

Antragstext

1 Die sächsische SPD unterstützt den „[Riesaer Appell](#)“ der
2 Nahrungsmittelgewerkschaft NGG: Denn von Riesa geht ein Signal aus. In Sachsen
3 und ganz Ostdeutschland entsteht eine neue gesellschaftliche Bewegung der
4 Beschäftigten, die selbstbewusst ihre Rechte einfordert und zusammen mit den
5 Gewerkschaften für höhere Löhne oder ihren Standort kämpfen. Beschäftigte, die
6 sich nicht mehr damit zufrieden geben, dass sie 30 Jahre nach der Deutschen
7 Einheit immer noch länger arbeiten, aber weniger verdienen.

8 Diese Arbeitskämpfe sind nicht nur für die einzelnen Arbeiterinnen und
9 Arbeiter und ganze Belegschaften wichtig. Sie stärken auch den
10 gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie in Sachsen. Denn der
11 Ärger, für die eigene harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und
12 später Rente zu erhalten, hat zur Wut auf *die Politik* in Sachsen beigetragen.
13 Sie speiste sich auch aus dem Eindruck, dass die Politik scheinbar die
14 Alltagsprobleme nicht zu sehen schien, dass etwa der Lohn nicht zum Leben
15 reicht.

16 Das Engagement der Beschäftigten ist ein demokratisches Recht. Betriebliche
17 Interessenvertretungen ermöglichen es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihre
18 Rechte und Interessen selbst zu organisieren. Diese Rechte basieren auf dem im
19 Grundgesetz festgelegten Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland.
20 Auch in Sachsen leben viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie
21 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sozialpartnerschaft.

22 Gerade diese Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen
23 ist derzeit besonders wichtig: Denn Im Schatten von Corona werden ganze

24 Wirtschafts- und Industriezweige durch Klimawandel, Digitalisierung und
25 Automatisierung neu geordnet. Es geht daher darum, den Industrie- und
26 Wirtschaftsstandort Sachsen zu stärken, um dadurch Arbeitsplätze zu sichern.
27 Sachsens Industrie- und Dienstleistungswirtschaft kann bei Zukunftsthemen an die
28 Spitze westdeutscher Bundesländer aufschließen und Vorreiter werden!

29 Doch einige sächsische Unternehmer scheinen immer noch im ostdeutschen
30 Turbokapitalismus der 1990er Jahre zu leben. Sie verunglimpfen Mitwirkung und
31 Mitbestimmung als Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und bremsen auf
32 unterschiedliche Arten Mitbestimmung aus. Gleichzeitig behandelt manches
33 Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland Ost-Betriebe immer noch als
34 Reservekanister oder Billiglohnstandort wo man doch bitte länger arbeiten und
35 weniger verdienen soll, und den man im Zweifel zuerst schließen kann.

36 Die Beschäftigten in Sachsen stellen sich diesem Denken entschieden entgegen:
37 Immer lauter und mit immer mehr Nachdruck. Das zollt uns Respekt ab, denn es
38 wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit
39 einhergehende einseitige Macht der Unternehmen in den letzten 30 Jahren mit den
40 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat damals vielen den
41 Zahn gezogen. Das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ führte und führt
42 dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und Kollegen
43 zweiter Klasse da stehen. In vielen Branchen bezahlen sie den Verzicht auf
44 Mitbestimmung bis heute mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen
45 und infolgedessen leider auch mit Altersarmut. Diese Zeit müssen wir endlich
46 hinter uns lassen und dafür gemeinsam streiten.

47 Denn fest steht: Die Beschäftigten müssen heute weniger Angst um den
48 Arbeitsplatz haben, wenn sie Forderungen an die Firmen und Chefs stellen.
49 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.
50 Die Sächsinen und Sachsen sollten und können mutig sein, sich gegen
51 ungerechte Löhne und fehlende Mitbestimmung zur Wehr zu setzen.

52 Der Riesaer Appell ist genau deshalb ein wichtiges Signal der ostdeutschen
53 Beschäftigten, welchen wir ausdrücklich unterstützen. Denn wir stehen an der
54 Seite der Beschäftigten in ganz Sachsen und streiten mit ihnen für mehr
55 Mitbestimmung und gute Löhne. **Insbesondere wichtig ist uns dabei – in**
56 **Anknüpfung an die Forderungen aus dem Appell – für unsere politische Arbeit:**

- 57 • **Die SPD Sachsen steht an der Seite der Beschäftigten:** Wir unterstützen
58 Initiativen von allen Beschäftigten, die sich auf den Weg machen, um
59 Niedriglöhne, fehlende Mitbestimmung und deutliche Lohnunterschiede zu
60 überwinden. Das von der SPD im Bund durchgesetzte „Betriebsräte-
61 Modernisierungs-Gesetz“ war hier ein wichtiger Schritt: Dieses schützt

62 nun Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen.

63 • **Arbeit muss vor Altersarmut schützen:** Wir brauchen Löhne, von denen die
64 Menschen heute und im Alter nicht in Armut leben müssen. Denn wer den
65 ganzen Tag arbeitet, muss ohne zusätzliche Unterstützung leben können
66 und vor Altersarmut geschützt sein. Das ist eine Frage des Respekts.
67 Armutsfeste Löhne sind das Gebot der Stunde. Daher fordern wir, den
68 Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.

69 • **Weg mit den Lohnunterschieden:** Über 30 Jahre nach der Deutschen Einheit
70 müssen Lohnunterschiede von mehreren Hundert Euro im Monat bei
71 gleichwertiger Arbeit der Vergangenheit angehören. Heute sind gute Löhne
72 und Arbeitsbedingungen nicht nur eine Frage des Respekts, sondern sie
73 sichern auch die Versorgung mit Fachkräften. Nur mit guten Löhnen findet
74 man gute Leute. Die Zeit der Zurückstellung von Arbeitnehmerinteressen
75 muss vorbei sein – im Interesse der Beschäftigten, und im Interesse des
76 Wirtschaftsstandorts.

77 • **Gutes Geld für Gute Arbeit:** Zentral für die weitere Angleichung bei den
78 Löhnen und der Arbeitszeit ist die Stärkung der Tarifbindung
79 Sächsischer Unternehmen. Hier braucht es mehr als Anerkennung für die
80 Arbeit von Gewerkschaften sowie von Betriebs- und Personalrät:innen. Um
81 die Tarifbindung weiter zu stärken, setzen wir uns dafür ein,
82 tarifgebundene Unternehmen steuerlich besser zu stellen als nicht-
83 tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden,
84 Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen.

85 **Die Politik muss ihren Beitrag leisten:** Wir müssen zum einen durch politische
86 Maßnahmen Tarifverträge stärken. Und zum anderen gesetzliche Bestimmungen,
87 die Tarifflicht begünstigen und prekäre Beschäftigung fördern, ändern.
88 Deshalb belohnen wir in unserer sächsischen Wirtschaftsförderpolitik
89 Tarifbezahlung und werden das sächsische Vergabegesetz arbeitnehmerfreundlich
90 umgestalten. Zugleich werden wir die Bundesebene bei der Einführung eines
91 Bundestariftreuegesetzes unterstützen. Die sächsische Sozialdemokratie wird
92 weiterhin ihren politischen Beitrag dazu leisten und energisch für Gute Arbeit
93 in Sachsen streiten.

Beschluss I04NEU

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: **Jetzt erst recht - die SPD Sachsen als starke Kraft gegen Rechts**

Antragstext

1 Der SPD-Landesparteitag beschließt und leitet an den neuen Landesvorstand
2 und alle Gliederungen der SPD Sachsen weiter:

3 Die Bundestagswahl 2021 hat gezeigt, dass die SPD auch die Wähler:innen in
4 Sachsen mit guten Inhalten und talentierten Kandidierenden überzeugen kann. Die
5 Bundestagswahl zeigte aber auch, dass rechte Parteien in Sachsen stärkste Kraft
6 werden können und trotz undemokratischen Inhalten, bekannten rechtsextremen
7 Verbindungen und unerträglichen Kandidierenden die große Mehrheit der
8 sächsischen Direktmandate holt.

9 In der Zeit vor der Bundestagswahl lag das Augenmerk der Medien besonders auf
10 dem Landkreis Zwickau, wenn es um Rechtsextremismus ging. Sogenannte "Freie
11 Sachsen" riefen zur Torpedierung einer Wahlkampfveranstaltung mit Petra Köpping
12 und Carlos Kasper auf. Um alle beteiligten Personen schützen zu können,
13 entschied man sich kurzfristig zur Absage der Veranstaltung in Limbach-
14 Oberfrohna. Die Polizei in Zwickau erkannte keine Gefahr, obwohl ähnliche
15 Veranstaltungen mit Verletzten und Straftaten endeten.

16 Wenige Wochen später riefen Rechtsextremisten des "III. Weges" mit Plakaten zum
17 Mord auf. Die Staatsanwaltschaft in Zwickau konnte oder wollte keine Gefahr
18 erkennen.

19 Aber auch ohne Bundestagswahl ist Zwickau noch immer Herd rechtsextremer
20 Nachrichten. Die Oberbürgermeisterin a.D. Pia Findeiß musste sich in den Jahren

21 vor ihrem Rückzug aus dem Amt mit vielen undemokratischen Rechten
22 auseinandersetzen. Dabei wurde nicht nur sie, sondern auch ihre Familie massiv
23 bedroht. Persönlich angegriffen wurde auch eine Straßensozialarbeiterin, die
24 sich aufgrund des massiven rechten Drucks aus ihrem Beruf zurückziehen musste.

25 Diese Beispiele stehen für viele "Einzelfälle", die sich in ganz Sachsen
26 abspielen - vor allem im ländlichen Raum.

27 **So kann es nicht weitergehen! Wir Demokrat:innen lassen uns unsere Marktplätze,
28 unser gesellschaftliches Engagement und unsere Freiheit nicht von rechten
29 Spinnern nehmen! Die gesamte SPD Sachsen, insbesondere der neu gewählte
30 Landesvorstand verpflichten sich deshalb erneut:**

- 31 • Ganz nach dem Motto "Antifa ist Handarbeit" müssen wir als SPD Sachsen als
32 starke Bündnispartnerin in die ländlichen Räume gehen und die
33 Demokrat:innen vor Ort unterstützen.
- 34 • Als Partnerin im Kampf gegen Rechts werden wir für die Förderung von
35 demokratischen und politischen Bildungsangeboten für Jung und Alt
36 arbeiten. Wir sind ständig auf der Suche nach Partner:innen und
37 Möglichkeiten des Ausbaus von demokratischen Bündnisstrukturen.
- 38 • Wir stoßen die Bildung von runden Tischen und anderen Gesprächsformaten
39 an, um näher an den Bürger:innen zu sein, um die Probleme vor Ort
40 schneller zu verstehen und durch verschiedene Gremien lösen zu können,
41 bevor rechte Kräfte diese Probleme für sich missbrauchen.
- 42 • Wir sind eine Kümmererpartei und nehmen als solche Ängste und Sorgen der
43 Bürger:innen ernst, hören ihnen zu und bieten ihnen sozialdemokratische
44 Lösungen für ihre Probleme an, ohne dabei Rechtsextremen oder
45 Verschwörungs"theoretikern" eine Bühne zu geben.
- 46 • Wenn Unrecht durch lokale Behörden nicht erkannt und tatsächliche Gefahren
47 kleingeredet werden, dann werden wir laut und lassen uns ein solches
48 Verhalten nicht gefallen!

49 Der Kampf gegen Rechts ist eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie. Als
50 sächsische SPD sind wir unserer besonderen Aufgabe bewusst und kämpfen in jedem
51 Moment gegen Rechts.